

## Fragen

für die Fragestunde der 186. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 27. Juni 2012

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD) .....	97	Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	50, 51
Becker, Dirk (SPD) .....	9, 10	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	74
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	7, 90	Kaczmarek, Oliver (SPD) .....	23
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	91, 92	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Bollmann, Gerd (SPD) .....	33, 34	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	75, 76
Brase, Willi (SPD) .....	17, 18	Dr. Kofler, Bärbel (SPD) .....	32, 56
Bülow, Marco (SPD) .....	5, 6	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP) .....	62, 63
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	47, 55	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	1, 2
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	54, 84	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	11, 38
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	85	Marks, Caren (SPD) .....	86, 87
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	72, 73	Dr. Miersch, Matthias (SPD) .....	8, 37
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.) ....	88, 89	Movassat, Niema (DIE LINKE.) .....	48, 49
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	41, 42	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	77, 78
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) .....	80, 81	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	93, 94
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	24	Pitterle, Richard (DIE LINKE.) .....	57, 58
Gerdes, Michael (SPD) .....	19, 20	Dr. Raabe, Sascha (SPD) .....	28, 29
Hagemann, Klaus (SPD) .....	27, 61	Rebmann, Stefan (SPD) .....	46, 79
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	82, 83	Röspel, René (SPD) .....	25, 26
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD) .....	100, 101
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) .....	64, 65	Roth, Karin (Esslingen) (SPD) .....	30, 31
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	95, 96	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	66, 67

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD) . . . .	16, 53	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) . . . . .	59, 60
Schulz, Swen (Spandau) (SPD) . . . . .	21, 22	Vogt, Ute (SPD) . . . . .	3, 4
Schwabe, Frank (SPD) . . . . .	35, 36	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	12, 13
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) . . . . .	70, 71	Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD) . . . . .	14, 15
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	45, 52	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) . . . . .	68, 69
Thönnies, Franz (SPD) . . . . .	98, 99		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	24



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wann tagen in dieser Wahlperiode noch die Beratungskommissionen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die Reaktor-Sicherheitskommission, die Strahlenschutzkommission und die Entsorgungskommission und ihre jeweiligen Fachausschüsse (bitte mit Angabe des genauen Datums und vollständiger Angabe aller bis dato geplanten Termine)?
  
2. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche tschechischen Rechtsgrundlagen, wie z. B. das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, sind für das (grenzüberschreitende) Verfahren Kernkraftwerk Temelin 3+4 nach Kenntnis der Bundesregierung relevant (bitte mit exakter Bezeichnung), und wo sind diese in der aktuellen Fassung in einer offiziellen deutschen Übersetzung verfügbar (z. B. online, bitte ggf. mit genauer Internetadresse)?
  
3. Abgeordnete  
**Ute  
Vogt**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorkommen von Formationswasser und Lösungszutritten im Endlager Konrad im Hinblick auf mögliche Korrosionen der Atommüllfässer und die dadurch verursachte Freisetzung von Radionukliden in die Biosphäre, und wie soll ein weiterer Wasserzutritt, z. B. über die darüber liegenden Tonschichten, langfristig verhindert werden?
  
4. Abgeordnete  
**Ute  
Vogt**  
(SPD) Hält die Bundesregierung weiterhin an der geplanten Inbetriebnahme des Endlagers Konrad ab 2019 fest, oder hält sie weitere Untersuchungen im Hinblick auf einen möglichen Wassereintritt und ggf. weitere Sicherungsmaßnahmen für erforderlich?
  
5. Abgeordneter  
**Marco  
Bülow**  
(SPD) Welche konkreten Ziele verfolgt die Bundesregierung mit dem in Medienberichten vom 19. Juni 2012 ([www.ftd.de/politik/deutschland/:energiewende-altmaier-bastelt-an-masterplan-fuer-akw-abriss/70051684.html](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:energiewende-altmaier-bastelt-an-masterplan-fuer-akw-abriss/70051684.html)) genannten „Masterplan“ zum Rückbau stillgelegter Atomkraftwerke, und wie sieht dieser Masterplan inhaltlich aus?

- 
6. Abgeordneter  
**Marco Bülow**  
(SPD)
- Welche Gesetzesvorhaben plant die Bundesregierung bezüglich des Rückbaus stillgelegter Atomkraftwerke, und welchen Zeitplan verfolgt sie dabei?
7. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung angesichts des enormen Handlungsbedarfs, den der Auenzustandsbericht des Bundesamtes für Naturschutz ausweist, ein Auenschutzprogramm auflegen, um die zu mehr als 80 Prozent zerstörten oder gefährdeten Auen zu schützen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung an den Brandenburger Bundeswasserstraßen ergreifen, um die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie voranzutreiben?
8. Abgeordneter  
**Dr. Matthias Miersch**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung rechtlich und politisch den Vorstoß vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, zur Beschleunigung des Stromleitungsbaus „an die Flora-Fauna-Habitat- und die Vogelschutz-Richtlinie [ranzuzugehen]“, sowie den Vorschlag, „beim Durchqueren von Schutzgebieten einen Teil der EU-Regeln auf Zeit außer Kraft setzen“ zu können (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juni 2012)?
9. Abgeordneter  
**Dirk Becker**  
(SPD)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den Plänen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in ein Quotenmodell zu überführen, und welche Vorhaben laufen diesbezüglich in den Ressorts?
10. Abgeordneter  
**Dirk Becker**  
(SPD)
- Wie viele Industriebetriebe machen von der Regelung zum industriellen Eigenverbrauch nach § 37 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe b EEG und der Übergangsregelung nach § 66 Absatz 15 Gebrauch, und welche Strommenge ist somit von der EEG-Umlage befreit?
11. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung größer als 50 MW, die aktuell noch in Betrieb sind, müssen spätestens Ende 2012 stillgelegt werden, weil die Betreiber auf Retrofit der Anlagen verzichtet haben, um die verschärften Anforderungen der Dreizehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (13. BImSchV)

aus dem Jahr 2004 nicht einhalten zu müssen (bitte Auflistung der einzelnen Kraftwerksblöcke einschließlich der elektrischen Leistung)?

12. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Nachhaltigkeitsgipfel Rio+20, und welche Schlussfolgerungen leitet sie daraus für das eigene Handeln ab?
13. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um weltweite, messbare Nachhaltigkeitsziele zu implementieren, und ab wann sollten diese Ziele ihrer Meinung nach gelten?
14. Abgeordnete  
**Waltraud Wolff**  
(**Wolmirstedt**)  
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zur stofflichen Verwertung von Klärschlamm angesichts der Tatsache, dass das Umweltbundesamt in seiner Broschüre „Klärschlamm Entsorgung in der Bundesrepublik Deutschland“ diese ablehnt, weil die Gefahr, dass Schadstoffe in den Nahrungskreislauf gelangen, nicht ausgeschlossen werden können?
15. Abgeordnete  
**Waltraud Wolff**  
(**Wolmirstedt**)  
(SPD)
- Welche Maßnahmen zur Rücknahme von Altarzneimitteln wird die Bundesregierung ergreifen angesichts des vom Umweltbundesamt festgestellten Übergangs von Schadstoffen in den Nahrungskreislauf, besonders durch neue Abbauprodukte von Arzneimitteln?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

16. Abgeordnete  
**Marianne Schieder**  
(**Schwandorf**)  
(SPD)
- Welches sind die nächsten Themen, die im Rahmen des Bürgerdialogs Zukunftstechnologien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bearbeitet werden sollen, und aus welchen Gründen findet nach Ende der Dialoge zur High-tech-Medizin und zu Energietechnologien aktuell kein Dialog statt?

17. Abgeordneter  
**Willi Brase**  
(SPD)
- Welche konzeptionellen Ziele verfolgt die Bundesregierung in den Gesprächen mit den Ländern in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz über eine gemeinsame Förderinitiative zur Förderung der Lehrerausbildung auch im Hinblick auf die Verstärkung der Praxisorientierung, der Eignung der Studienbewerberinnen und -bewerber, der Berücksichtigung der Anforderungen einer inklusiven Bildung sowie der entsprechenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 8. März 2012?
18. Abgeordneter  
**Willi Brase**  
(SPD)
- Durch welches Auswahlverfahren sollen nach der Vorstellung der Bundesregierung die Projekte bestimmt werden, die durch die geplante gemeinsame Förderinitiative von Bund und Ländern zur Förderung der Lehrerausbildung gefördert werden sollen?
19. Abgeordneter  
**Michael Gerdes**  
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung in der Ausgestaltung der gemeinsamen Förderinitiative von Bund und Ländern zur Förderung der Lehrerausbildung sicherstellen, dass eine möglichst allen Lehramtsstudierenden zu Gute kommende flächendeckende Verbesserung der Ausbildung erreicht wird?
20. Abgeordneter  
**Michael Gerdes**  
(SPD)
- An welcher Stelle hat die Bundesregierung in welcher Höhe im Bundeshaushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung bisher Vorsorge getroffen, um die geplante gemeinsame Förderinitiative von Bund und Ländern zur Förderung der Lehrerausbildung auszufinanzieren?
21. Abgeordneter  
**Sven Schulz**  
(**Spandau**)  
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung den Mehrbedarf im Rahmen der Studienplatzfinanzierung des Hochschulpaktes 2020 in den Jahren 2013, 2014 und 2015 ein, und welche haushalterischen Vorkehrungen hat sie zu dessen Ausfinanzierung vorgesehen?
22. Abgeordneter  
**Sven Schulz**  
(**Spandau**)  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die vereinbarten Teilzahlungen für die Jahre 2013 und 2014 an die Länder im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 zur Studienplatzfinanzierung planungsgemäß auszahlen können, ohne die Ausgabenbegrenzung in § 2 der Verwaltungsvereinbarung zur zweiten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 ein weiteres Mal anheben zu müssen?



23. Abgeordneter  
**Oliver Kaczmarek**  
(SPD)
- Teilt das BMBF die in der Antwort des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD auf Bundestagsdrucksache 17/9896 enthaltene Feststellung, dass die Entwicklung der Bildungsinfrastruktur nicht Bundeszuständigkeit sei und infolgedessen auch keine Forschungsaktivitäten eingeleitet würden, und welche eigenen Aktivitäten zur Forschung über Bildungsräume der Zukunft hat das BMBF bereits eingeleitet?
24. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt das BMBF die im Nationalen Bildungsbericht formulierte These, dass durch Leistungen wie dem Betreuungsgeld die im Bericht intendierten quantitativen und qualitativen Ziele insbesondere im Bereich der frühkindlichen Bildung nicht zufriedenstellend realisiert werden können?
25. Abgeordneter  
**René Röspel**  
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Informationen dahingehend vor, dass sich auch andere wissenschaftsstarke Nationen nach der Entscheidung von Bundesministerin Dr. Annette Schavan, dass Deutschland Vollmitglied im Kreis der Organisatoren des „Square Kilometer Array“ wird, dazu entschließen werden, sich an diesem Großprojekt zu beteiligen, und wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung, das „Square Kilometer Array“ sowohl in Südafrika als auch in Australien zu bauen?
26. Abgeordneter  
**René Röspel**  
(SPD)
- Mit welchen Gesamtkosten für den Bundeshaushalt rechnet die Bundesregierung nach aktuellem Planungsstand für den Fall, dass die Bundesrepublik Deutschland entscheidet, sich finanziell an Bau und Betrieb des „Square Kilometer Array“ zu beteiligen?
27. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Empfehlungen der Reaktor-Sicherheitskommission für den Betrieb der Forschungsreaktoren („Anlagenspezifische Sicherheitsüberprüfung deutscher Forschungsreaktoren, RSK-SÜ“ vom 3. Mai 2012) – unter Angabe möglicher Nachrüstungen, Anpassungen und des vorgesehenen Zeitplans für aktualisierte Sicherheitskonzepte – sowie der Vorsorge im Regierungsentwurf 2013 für entsprechende Maßnahmen –, und wie hoch sind aktuell im Einzelnen die sogenannten Nullbetriebs-

kosten der stillgelegten früheren Forschungsreaktoren (nach Standorten) – unter Angabe der in dieser Legislaturperiode erzielten Kostensenkungen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

28. Abgeordneter  
**Dr. Sascha Raabe**  
(SPD)
- Wie ist der Name des Teppichherstellers und wie der des Händlers, bei dem Bundesminister Dirk Niebel den Teppich in der deutschen Botschaft in Kabul erworben hat, und kann er auch ohne offensichtlich nicht vorhandene Zertifikate und Siegel definitiv ausschließen, dass der Teppich mit Kinderarbeit oder unter Verletzung internationaler Standards wie den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hergestellt wurde?
29. Abgeordneter  
**Dr. Sascha Raabe**  
(SPD)
- Kann Bundesminister Dirk Niebel definitiv ausschließen, dass es sich bei dem von ihm in Kabul gekauften Teppich um afghanisches Kulturgut handelt, das nicht oder nur mit gesonderter Genehmigung hätte ausgeführt werden dürfen, und bleibt er angesichts der gegenteiligen Darstellungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) bei seiner Aussage, es habe vor dem Transport keine Festlegungen zwischen dem BND und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dahingehend gegeben, dass alle Formalitäten der Einfuhr des Teppichs unmittelbar durch das BMZ zu regeln seien?
30. Abgeordnete  
**Karin Roth**  
(Esslingen)  
(SPD)
- Wie beurteilt das BMZ die Abschlusserklärung des G20-Gipfels von Los Cabos und die von der 101. ILO-Konferenz beschlossene Empfehlung zum Social-Protection-Floor (vor allem hinsichtlich der Bedeutung nationaler Basisschutzsysteme als Instrument zur weltweiten Armutsbekämpfung sowie der besonderen Rolle internationaler und multilateraler Organisationen bei der Implementierung), und beabsichtigt die Bundesregierung, vor allem das BMZ und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, diese von ihr auf internationaler Ebene mitgetragene Position auch durch eine aktive Politik, z. B. durch die Wiedereinführung einer thematischen Zielgröße für den Bereich Soziale Sicherung und/oder die Er-

höhung der freiwilligen Beiträge zur ILO bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2013, zu unterstützen?

31. Abgeordnete  
**Karin Roth**  
(Esslingen)  
(SPD)
- In welcher Weise wird das BMZ auf die unzureichenden Ergebnisse der Rio+20-Konferenz (Zitat Bundesminister Dirk Niebel in der Süddeutschen Zeitung vom 21. Juni 2012: „Das Glas ist halbvoll; ich hätte mir natürlich ein volles Glas gewünscht“) politisch reagieren, und welche Schwerpunkte wird das BMZ bei der Umsetzung der künftigen Sustainable Development Goals (SDG) setzen?
32. Abgeordnete  
**Dr. Bärbel Kofler**  
(SPD)
- Welche zusätzlichen und neuen Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien hat das BMZ seit 2010 unternommen, und auf welche Partnerländer beziehen sich diese?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

33. Abgeordneter  
**Gerd Bollmann**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung zur Erhöhung der Ressourceneffizienz bei der Produktion von Elektrogeräten ergreifen?
34. Abgeordneter  
**Gerd Bollmann**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Vorgaben für die Neuproduktion und das Produktdesign zu erlassen, um durch höhere Lebensdauer und den Austausch von Ersatzteilen die Ressourceneffizienz von Elektrogeräten zu verbessern?
35. Abgeordneter  
**Frank Schwabe**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verpressen von Abwässern, die bei der unkonventionellen Förderung von Erdgas (Fracking) entstehen, in ehemalige Lagerstätten oder andere unterirdische Gesteinsformationen?

36. Abgeordneter  
**Frank Schwabe**  
(SPD)
- Gibt es aus Sicht der Bundesregierung alternative Handlungsmöglichkeiten für den Umgang mit Fracking-Abwässern anstelle des Verpressens?
37. Abgeordneter  
**Dr. Matthias Miersch**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler, den Rechtsweg beim Leitungsausbau auf eine Instanz (Bundesverwaltungsgericht) zu verkürzen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juni 2012)?
38. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche „Instrumente zur Erleichterung der zeitnahen und planbaren Refinanzierung von Investitionen“ plant die Bundesregierung bei der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes mit aufzunehmen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 81, Plenarprotokoll 17/183, Anlage 51), und wie sollen diese konkret ausgestaltet sein?
39. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Um wie viel Cent ist der Strompreis für private Haushalte in den letzten zehn Jahren durchschnittlich angestiegen, und welcher Anteil am jeweiligen Preisanstieg war dabei nicht durch das EEG bedingt (aufgeschlüsselt nach Jahren)?
40. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen kartellrechtlicher oder anderer Art hat die Bundesregierung zur Minimierung des nicht EEG-bedingten Anstiegs der Verbraucherpreise für Strom ergriffen?
41. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die unterschiedlichen Ergebnisse bei der Meldung von neuinstallierten Photovoltaikanlagen zwischen den Daten der Bundesnetzagentur und den Daten der Übertragungsnetzbetreiber, und hält die Bundesregierung angesichts dieser Unterschiede es für gerechtfertigt, die Daten der Bundesnetzagentur für die Vergütungssenkungen der Photovoltaik heranzuziehen?

42. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wird die Veröffentlichung der Datensätze zur Meldung von neuinstallierten Photovoltaikanlagen durch die Bundesnetzagentur nicht kurzfristig nach Ablauf eines Monats für den vorhergehenden Monat veröffentlicht, und hält die Bundesregierung diese verspätete Meldung für eine verlässliche Basis der vorgesehenen monatlichen Vergütungssenkung bei der Photovoltaik?
43. Abgeordnete  
**Katja  
Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat das Unternehmen Krauss Maffei Wegmann GmbH & Co. KG Anträge oder informelle Voranfragen zur Genehmigung des Exports von Leopard-II-Kampfpanzern gegenüber der Bundesregierung zurückgezogen oder zurückgestellt, und wenn ja, warum?
44. Abgeordnete  
**Katja  
Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat sich die Bundesregierung die Genehmigung eines Reexports von in Spanien in Lizenz produzierten Kampfpanzern des Typs Leopard II vorbehalten, und liegt ihr inzwischen eine entsprechende Voranfrage vor?
45. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Medienberichte (u. a. Bild vom 17. Juni 2012), wonach Saudi-Arabien 600 bis 800 fabrikneue deutsche Panzer Leopard II (wohl Modell 2A7+) für ca. 10 Mrd. Euro kaufen wolle, davon 300 per unterschriftsreifem Vertrag bis 20. Juli 2012, deren Typ dort schon langzeitgetestet würde, welche die spanische Firma „General Dynamics“ in Lizenz montieren solle, jedoch der Bundessicherheitsrat die für Anfang Juni 2012 vorgesehene Befassung damit kurzfristig bis zum 20. Juli 2012 verschoben habe, und – falls dies grundsätzlich zutrifft – teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass ein solcher Export in ein offensichtliches Spannungsgebiet mit der offensichtlichen Gefahr des Missbrauchs der Panzer gegen die Zivilbevölkerung den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ eklatant widerspräche und daher vom Bundessicherheitsrat nicht genehmigt werden dürfe, wie von zwei Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt signalisiert worden sein soll?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

46. Abgeordneter  
**Stefan Rebmann**  
(SPD) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der regionalen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Pakistans und Afghanistans nach dem Truppenabzug aus Afghanistan, bzw. welche konkreten Projekte und Vorhaben werden schon durchgeführt?
47. Abgeordnete  
**Viola von Cramon-Taubadel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung den deutschen Botschafter in Kasachstan beauftragen, den am 15. Juni 2012 in Almaty verhafteten Theaterregisseur und diesjährigen Goethe-Preisträger Bolat Atabajew baldmöglichst im Gefängnis zu besuchen?
48. Abgeordneter  
**Niema Movassat**  
(DIE LINKE.) Wie wahrscheinlich ist es aus Sicht und aufgrund der Informationslage der Bundesregierung, dass in naher Zukunft ein Mandat durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) für eine militärische Intervention in Mali durch die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS zustande kommt, und welche Position hat die Bundesregierung diesbezüglich in den Treffen und Gesprächen zwischen dem Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union (AU) und dem VN-Sicherheitsrat vertreten bzw. beabsichtigt die Bundesregierung hierzu als Mitglied im VN-Sicherheitsrat künftig einzunehmen?
49. Abgeordneter  
**Niema Movassat**  
(DIE LINKE.) Welche Kriterien müssen aus Sicht der Bundesregierung für ein Mandat durch den VN-Sicherheitsrat für eine militärische Intervention in Mali gegeben sein, zu der Presseberichten zufolge der VN-Sicherheitsrat grundsätzlich durch die ECOWAS-Staatengemeinschaft zum Schutz der malischen Übergangsregierung und/oder zur Bekämpfung der Rebellen im Norden Malis bereit ist, und würde sich die Bundesregierung an einer solchen Intervention in Mali militärisch, logistisch, beratend oder sonstwie beteiligen, falls es zu einem solchen VN-Mandat kommen sollte?
50. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.) Unter welchen Umständen bewertet die Bundesregierung einen Cyberangriff als eine Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit nach Artikel 2 der UN-Charta, wie es die USA angekündigt haben und aus dem Pentagon mit „Wer die

Stromnetze unseres Landes sabotiert, muss mit Raketen im Schornstein rechnen“ kommentieren (SPIEGEL ONLINE, 1. Juni 2011), und warum wird die Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat nicht tätig, damit dieser feststellt, dass Cyberangriffe auf den Iran durch die Schadprogramme Stuxnet und Flame (The Washington Post, 19. Juni 2012) einen Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung darstellen bzw. Empfehlungen abgibt oder Maßnahmen trifft, um die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen (vgl. Artikel 39 der UN-Charta)?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

51. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit verhandelt die Europäische Kommission im Rahmen ihrer „Dialoge über Migration, Mobilität und Sicherheit“ mit den entsprechenden Ländern (insbesondere Libyen, Tunesien, Marokko) auch über polizeilichen Informationsaustausch, Grenzmanagement, Strafverfolgung und die Einbeziehung der EU-Agenturen, und auf welche Weise sind hierzu in den oben aufgeführten Ländern auch andere zwischenstaatliche Institutionen der UNO, die FRONTEX oder das Global Counterterrorism Forum beteiligt, das sich beispielsweise mit Aspekten der Grenzkontrolle in der Sahel-Region befasst?
52. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Medienberichte (u. a. Berliner Zeitung vom 16. Juni 2012), wonach im Rahmen einer sogenannten Operation Rennsteig federführend das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nebst dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) zusammen mit dem thüringischen Verfassungsschutz 1997 bis 2003 Rechtsextremisten des „Thüringer Heimatschutzes“ die mutmaßlich NSU-Mörder (NSU = Nationalsozialistischer Untergrund) mit zeitweise bis zu zehn V-Leuten überwachten, jedoch das BfV Letztere nicht in seiner diesbezüglichen Datei registrierte, sowie im Jahr 2011 mindestens sieben diesbezügliche Fallakten als „dienstlich nicht mehr notwendig“ vernichtete, und wie ist diese Aktenvernichtung – falls dies grundsätzlich zutrifft – nach Auffassung der Bundesregierung zu beurteilen angesichts dessen, dass drei wegen Sprengstoffdelikten gesuchte ehemalige Angehörige des Thüringer Heimatschutzes 1998 untergetaucht und bis zum 4. November 2011 nicht wieder aufgetaucht waren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

53. Abgeordnete  
**Marianne Schieder**  
(Schwandorf)  
(SPD)
- Strebt das BMBF die Einführung einer „einheitlichen Wissenschaftsschranke“ im Urheberrecht an, und hält die Bundesregierung die Einführung einer solchen Schranke für zielführend?
54. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wann erhielt die Bundesregierung erstmals Hinweise auf die Spionagetätigkeit eines 47 Jahre alten Deutsch-Marokkaners, der unter anderem Oppositionelle und Anhänger und Unterstützer der Befreiungsbewegung für die Westsahara Frente Polisario und die Berliner „Projektgruppe Westsahara“ im Auftrag des marokkanischen Geheimdienstes ausgeforscht haben soll (vgl. ZEIT ONLINE vom 15. Februar 2012), und welche weiteren Aktivitäten marokkanischer Geheimdienste gegen die saharauische Opposition sind der Bundesregierung in Deutschland bekannt?
55. Abgeordnete  
**Viola von Cramon-Taubadel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den jüngsten Pressebericht über die Beteiligung deutscher Neonazis an der Vorbereitung des Olympiaattentats von 1972 („Braune Hilfe“, DER SPIEGEL, 18. Juni 2012), und welche Schlüsse zieht sie daraus in Bezug auf eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Aktenbestände deutscher Behörden zum Olympiaattentat und die Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag, die im August und September 2012 in London, München und Fürstentum Brück stattfinden werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

56. Abgeordnete  
**Dr. Bärbel Kofler**  
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Verhandlungsstand der Gespräche innerhalb der Bundesregierung, bezogen auf die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 72, Plenarprotokoll 17/177, Anlage 44, zur Aufhebung der Haushaltssperre der Verpflichtungsermächtigungen beim internationalen Klima- und Umweltschutz des Sondervermögens Energie- und Klimafonds und zur zukünftigen konkreten Mittelverteilung, und wann ist mit abschließenden Erkenntnissen für eine mögliche Entsprechungsvorlage an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu rechnen?



57. Abgeordneter  
**Richard Pitterle**  
(DIE LINKE.)
- Wie werden laufende Verluste aufgrund einer atypischen stillen Beteiligung unter dem Regime der Abgeltungsteuer einkommensteuerlich vor dem Hintergrund des Werbungskostenabzugsverbots behandelt, und wie ist in diesem Zusammenhang der Verweis auf § 15a des Einkommensteuergesetzes (EStG) in § 20 Absatz 1 Nummer 4 Satz 2 EStG zu verstehen, der eine mögliche steuerliche Berücksichtigung von Verlusten bis zur Einlage erlaubt?
58. Abgeordneter  
**Richard Pitterle**  
(DIE LINKE.)
- Bis zu welcher Frist kann nach dem im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommen mit der Schweiz nach Artikel 31 Absatz 8 eine spätere Veranlagung der Erbschaftsteuer in Deutschland in den Fällen durchgeführt werden, in denen bereits an der Quelle ein Steuer einbehalt von 50 Prozent vorgenommen wurde, und muss in den Fällen des Artikels 31 Absatz 9 mit einem Steuereinbehalt von 50 Prozent an der Quelle im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Erlöschenswirkung der deutschen Erbschaftsteuer in Deutschland noch eine zusätzliche Deklaration/Veranlagung vorgenommen werden?
59. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung rechtliche Bedenken gegen Artikel 10 Absatz 1 des im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommens mit der Schweiz, da hier eine Teilselbstanzeige ermöglicht wird, die gerade mit den Änderungen durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz ausgeschlossen werden sollte, auch vor dem Hintergrund der erfolgten Rechtsprechung durch den Bundesgerichtshof hinsichtlich des Vollständigkeitsgebots, und folgt daraus, dass für weitere Einkünfte aus denselben Veranlagungszeiträumen, die neben jenen aus der Schweiz erwirtschaftet wurden, ebenfalls eine Teilselbstanzeige möglich ist?
60. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Welche Rechtsfolgen aus Artikel 10 Absatz 1 des im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommens mit der Schweiz ergeben sich für den Steuerpflichtigen hinsichtlich der Nachentrichtung der Steuer, auch vor dem Hintergrund der Fälligkeit und einer möglichen Verzinsung, und bezieht sich der Verweis auf § 398a der Abgabenordnung (AO) im Hinblick auf den Hinterziehungsbetrag von 50 000 Euro auf die gesamten hinterzogenen Steuern für den Zeitraum ab 1. Januar 2003 oder auf jede einzelne Tat der Hinterzie-

hung seit dem 1. Januar 2003, was dann im Regelfall für jede einzelne Steuerart und jeden Veranlagungszeitraum gesondert zu betrachten ist?

61. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)
- In wie vielen Fällen hat die Commerzbank AG, an der die Bundesrepublik Deutschland eine Beteiligung von 25 Prozent plus einer Aktie hält, laut Pressemeldungen „junge Menschen mit Studienkrediten in eine Zinsfalle gelockt“ (SPIEGEL ONLINE vom 19. Juni 2012) und Kredite mit bis zu 18 Prozent Überziehungszinsen ohne Ankündigung fällig gestellt – unter Angabe der ggf. daraus resultierenden bankenaufsichtsrechtlichen Konsequenzen, der Anzahl noch strittiger Fälle, der Anzahl der von der Dresdner Bank AG übernommenen Studienkredite durch die Commerzbank AG sowie der Anzahl der von der Commerzbank AG vermittelten Studienkredite der KfW Bankengruppe jeweils pro Kalenderjahr seit dessen Einführung, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu dem Rückzahlungsverhalten bzw. der Rückzahlungsfähigkeit von Studienkrediten durch Studierende und Absolventen?
62. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Jürgen Koppelin**  
(FDP)
- War die Bundesregierung an der getroffenen Vereinbarung zur Abwicklung der WestLB AG beteiligt, und wenn ja, in welcher Form werden der Deutsche Bundestag und seine Gremien an dieser Entscheidung beteiligt?
63. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Jürgen Koppelin**  
(FDP)
- Wie hoch berechnet die Bundesregierung das finanzielle Engagement zur Abwicklung der WestLB AG für den Bundeshaushalt?
64. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass der Anwendungsbereich des § 51 Absatz 3 Satz 2 AO (Verlust der Steuerbefreiung) nur gegeben ist, wenn die Organisation explizit als „extremistische Organisation“ in einem Verfassungsschutzbericht erwähnt wird (so z. B. Bundesfinanzhof – BFH – vom 11. April 2012, I R 11/11), so dass die bloße Erwähnung einer Organisation in einem Verfassungsschutzbericht noch nicht zu einem Verlust der Steuerbefreiung führt, und welche konkreten Ausführungen/Bezeichnungen vor dem Hintergrund der geplanten Neuregelung des § 51 Absatz 3 Satz 2 AO durch das Jahressteuergesetz (JStG) 2013 müssen

zu einer Organisation in den jeweiligen Verfassungsschutzberichten getroffen werden, damit diese die Steuerbefreiung verlieren, auch vor dem Hintergrund der Definition des Begriffs „extremistische Organisation“ im Vergleich zu der in der Gesetzesbegründung zu der geplanten Neuregelung des § 51 Absatz 3 Satz 2 AO durch das JStG 2013 verwendeten Bezeichnung „verfassungsfeindlich“?

65. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Wie kann sich nach der geplanten Neuregelung des § 51 Absatz 3 Satz 2 AO durch das JStG 2013 eine Organisation gerichtlich zur Wehr setzen, wenn sie ihrer Ansicht nach zu Unrecht in einem Verfassungsschutzbericht aufgeführt worden ist, und wie ist in diesem Zusammenhang die Anwendung des § 52 Absatz 3 Satz 2 AO nach der geplanten Neuregelung durch das JStG 2013 zu beurteilen, wenn in einem Verfassungsschutzbericht z. B. von „zahlreichen Anhaltspunkten für extremistische Bestrebungen“ gesprochen wird, vor dem Hintergrund, inwieweit eine derartige Klassifikation einer Organisation bereits die Anwendung von § 51 Absatz 3 Satz 2 AO rechtfertigt, mit der Rechtsfolge Verlust der Steuerbefreiung?
66. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind Medienberichte zutreffend, wonach Irland doppelt so viel Zeit für die Rückzahlung erhaltener internationaler Hilfsgelder eingeräumt werden wird (vgl. Handelsblatt vom 19. Juni 2012, „Irland erhält mehr Zeit für Rückzahlung der Hilfsgelder“), und wenn nicht, wie ist die Position der Bundesregierung in dieser Frage?
67. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung derzeit auf politischer Ebene die Forderungen der Europäischen Zentralbank, die Wirtschafts- und Währungsunion um eine Banken- bzw. Finanzmarktunion zu erweitern (vgl. beispielsweise [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/plaene-fuer-finanzmarktunion-eine-fuer-alle-1.1367348](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/plaene-fuer-finanzmarktunion-eine-fuer-alle-1.1367348) oder [www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120420\\_2.en.html](http://www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120420_2.en.html) oder [www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120420.en.html#](http://www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120420.en.html#)), und wenn nein, warum nicht?
68. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich prozentual seit 2009 bis heute die Konsumausgaben des Staates in den Ländern der Europäischen Union entwickelt (bitte insgesamt und nach einzelnen Ländern aufführen, auch mit vorläu-

figen bzw. geschätzten Daten), und wie wirken sich nach Ansicht der Bundesregierung die zurückgehenden konsumtiven Staatsausgaben auf die wirtschaftliche Entwicklung aus hinsichtlich der Volkswirtschaft der einzelnen Länder sowie der Eurozone insgesamt?

69. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(DIE LINKE.)

Welchen Einfluss wird voraussichtlich die Umsetzung des Fiskalpaktes auf die Entwicklung der Binnennachfrage in den Mitgliedsländern der Europäischen Union haben, und wie hat sich prozentual der preisbereinigte Einzelhandelsumsatz in den Ländern der Europäischen Union seit 2008 bis heute entwickelt (bitte insgesamt und nach einzelnen Ländern aufführen, auch mit vorläufigen bzw. geschätzten Daten)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

70. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung Arbeit und Ergebnisse des von ihr geförderten Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit e. V. (BKB), und welche Vorstellungen gibt es zur Fortführung der Arbeit des BKB über das Jahr 2012 hinaus?

71. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die bisher erzielten Ergebnisse bei der Umsetzung des von ihr vor einem Jahr beschlossenen Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch mit Blick auf die Kritik aus der Behindertenbewegung (siehe u. a. [www.kabinet-nachrichten.org](http://www.kabinet-nachrichten.org) vom 15. Juni 2012), und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für das weitere Regierungshandeln in diesem Jahr?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

72. Abgeordneter  
**Harald  
Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche kulturpflanzen-spezifischen Mindestabstände zwischen Anbauflächen mit gentechnisch veränderten Nutzpflanzen und Anbauflächen mit nicht gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung für die Novelle des Gentechnikgesetzes auf Bundes- und Länderebene vor, und inwieweit berücksichtigen diese Abstandsregelungen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu Pollen von gentechnisch veränderten Organismen in Honig vom 6. September 2011?
73. Abgeordneter  
**Harald  
Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise und bis wann gedenkt die Bundesregierung den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit über ihre Positionierung zu informieren, bevor am 16./17. Juli 2012 im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit bzw. im Falle einer ergebnislosen Abstimmung in der Folge vom Berufungsausschuss oder im nächsten Schritt direkt von der Kommission möglicherweise während der parlamentarischen Sommerpause Fakten geschaffen werden, zum Beispiel im Hinblick auf die Nulltoleranz gegenüber Verunreinigungen mit nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Konstrukten in Lebensmitteln, die Zulassung neuer GVP und deren Pollen für den Import oder die Zulassung von GVP für den Anbau in der Europäischen Union?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

74. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund wird das Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli 2012 in Berlin in diesem Jahr nicht mehr vor dem Reichstagsgebäude, sondern wieder im Bendlerblock stattfinden, und soll der Bendlerblock auch in den kommenden Jahren der Durchführungsort des Gelöbnisses sein?
75. Abgeordneter  
**Memet  
Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Haben die Gespräche des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, mit seinem türkischen Amtskollegen Ismet Yilmaz im Hinblick auf die Anerkennung des freiwilligen Wehrdienstes in Deutschland für doppelte Staatsbürger durch die

Türkische Republik (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9809, S. 7 f.) zu konkreten Ergebnissen geführt, und wenn ja, zu welchen?

76. Abgeordneter  
**Memet Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Setzt sich der Bundesverteidigungsminister auch im Hinblick auf die Personen für eine vergleichbare Lösung ein, die – bis zur Aussetzung des Pflichtwehrdienstes 2011 – die Möglichkeit hatten, sich ihren in Deutschland geleisteten Zivildienst in der Türkei anrechnen zu lassen (z. B. Anrechnung des Bundesfreiwilligendienstes), und wenn nein, warum nicht?
77. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant das Bundesministerium der Verteidigung, um den freiwilligen Wehrdienst bei der Bundeswehr für Migrantinnen und Migranten attraktiver zu machen?
78. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Für welche konkreten Einsatzszenarien soll der Truppenübungsplatz Altmark in Gardelegen ausgebaut und künftig dazu genutzt werden, Soldatinnen und Soldaten in urbanem Kampf auszubilden, und wie sind in diesem Zusammenhang die Bemerkungen des Kommandeurs des Gefechtsübungszentrums des Heeres zu verstehen, nach welchen die Einsatzgebiete der Bundeswehr künftig immer weiter in die Städte verlagert würden (vgl. dpa-Meldung „Einsatz in Schnöggersburg“, 20. Juni 2012)?
79. Abgeordneter  
**Stefan Rebmann**  
(SPD)
- Gibt es schon Angaben über die voraussichtlichen Kosten für den Abzug aus Afghanistan, welche Firmen damit beauftragt werden, wie ermittelt wird, was in Afghanistan verbleiben kann, und wie das afghanische Personal, das mit der Bundeswehr zusammengearbeitet hat, anschließend beschäftigt werden kann?
80. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Wie vereinbart der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, seine Aussage, dass die an der UNIFIL-Mission beteiligten Schiffe „sicher auch eine Art Notreserve für eine humanitäre Katastrophe“ seien, mit der von der Bundesregierung beantragten Verlängerung des Mandates?

81. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.) Sind Ankündigungen für „Nothilfeaktionen“ für Syrien mit anderen an der UNIFIL-Mission beteiligten Staaten abgestimmt, oder handelt es sich um einen deutschen Alleingang?
82. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.) In welcher Form waren die mehreren Dutzend laut Medienberichten in syrischer Haft befindlichen Deutschen, die zum Zeitpunkt ihrer Gefangennahme vor etwa drei Wochen im Zusammenhang mit einem Stuttgarter Sicherheitsdienstleister unterwegs waren, Thema von Gesprächen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, während seiner viertägigen Reise u. a. in den Libanon, und inwieweit waren diese Gefangenen an Waffen-transporten oder Ausbildungstätigkeiten in der Region beteiligt?
83. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.) Mit welchen Schiffen (Flottendienstboote, Fregatten, U-Boote etc.) war beziehungsweise ist die Bundeswehr im Juni 2012 im östlichen Mittelmeer präsent, und zu welchem Zweck?
84. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.) Unter welchen konkreten Umständen fand am 15. Mai 2012 – fünf Tage nach der Ausweitung des deutschen Mandates zur Beteiligung an der EU-Mission Atalanta – der Beschuss von angeblicher Piratenlogistik auf somalischem Festland statt ([www.eunavfor.eu/2012/05/eu-naval-force-delivers-blow-against-somali-pirates-on-shoreline/](http://www.eunavfor.eu/2012/05/eu-naval-force-delivers-blow-against-somali-pirates-on-shoreline/)), und welche Informationen liegen der Bundesregierung vor, die belegen, dass im Zuge dieser Operation keine Menschen verletzt oder für die ansässige Zivilbevölkerung relevante Infrastrukturen zerstört wurden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

85. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung den 4. nationalen Bildungsbericht 2012 in Bezug auf das Betreuungsgeld, und wie begründet sie ihre Haltung?

86. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der im 4. nationalen Bildungsbericht von Bund und Ländern formulierten Kritik, das Betreuungsgeld setze falsche Anreize, die besonders Eltern aus bildungsfernen Schichten davon abhalten könnten, ihr ein- oder zweijähriges Kleinkind in eine Kindertagesstätte (Kita) zu schicken, und welche Maßnahmen leitet die Bundesregierung daraus ab?
87. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den ebenfalls im Bildungsbericht von Bund und Ländern dargelegten Ergebnissen, dass etwa ein Viertel der Drei- bis Sechsjährigen in Deutschland als „sprachförderbedürftig“ eingestuft werden und dass Kleinkinder, die diese Sprachförderung nicht erhielten und zugleich auch keine Kita besuchten, bei der Bildung doppelt benachteiligt seien, und welche Maßnahmen leitet die Bundesregierung aus diesen Schlussfolgerungen ab, um der Benachteiligung der Kinder entgegenzuwirken?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

88. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.) Wurde der Controllingbericht 01/12, Stand: 20. März 2012, an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg GmbH (FBB) vor der Sitzung am 20. April 2012 versandt, und wenn ja, wann?
89. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.) Welche Fristen bestehen für die Übersendung der Controllingberichte nach deren Fertigstellung an den Aufsichtsrat der FBB, und falls diese Fristen eine frühere Übersendung als z. B. vor dem Termin der Aufsichtsratssitzung am 20. April 2012 zuließen, hat das BMVBS auf eine zeitnahe Übersendung hingewirkt?
90. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung in der Aufsichtsratssitzung der FBB am 22. Juni 2012 zur Finanzierung der Mehrkosten vorgetragen, die durch drohende Schadensersatzforderungen, die verspätete Inbetriebnahme und die Nachbesserungen beim Schallschutzprogramm entstanden sind, und zu welchem Ergebnis ist man in der Diskussion



- mit den anderen Aufsichtsratsmitgliedern, insbesondere den Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg, gekommen (bitte nach Einzelvorschlägen aufschlüsseln)?
91. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.) Wann haben die Mitglieder des Aufsichtsrats der FBB, in dem die Bundesregierung durch zwei Staatssekretäre vertreten ist, erstmalig davon erfahren, dass die FBB einen sog. Klarstellungsantrag (Änderungsantrag zum Planfeststellungsbeschluss) bezüglich des Tagschutzzieles beim brandenburgischen Infrastrukturministerium stellen will, und haben die beiden Staatssekretäre diesen Änderungsantrag unterstützt (bitte Begründung)?
92. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, in dem die Rechtswidrigkeit der bisherigen Umsetzung des Schallschutzprogramms bezüglich des Tagschutzzieles festgestellt wurde, und wird sie als Vertreterin des Gesellschafters Bund auf eine unverzügliche Rücknahme des „Klarstellungsantrags“ durch die FBB hinwirken (bitte Begründung)?
93. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Kosten entstehen dem Bund durch die Nutzung des alten Terminals A auf dem Flughafen Schönefeld als Regierungsterminal bis zur Fertigstellung des neuen Regierungsterminals, zum Beispiel durch die Anmietung des Terminals bei der Flughafengesellschaft (bitte Kosten pro Jahr aufschlüsseln)?
94. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Auswirkungen hat die Verschiebung des Fertigstellungstermins des neuen Regierungsairstops von 2014 auf 2016 auf die provisorische Nutzung des Terminals A und dessen Herrichtung, und werden deswegen weitere Investitionsmaßnahmen nötig?
95. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Linienbestimmungsverfahren für Fernstraßen des Bundes, die noch nicht im Verfahren sind, wurden beantragt, und welche Linienbestimmungsverfahren für Fernstraßen des Bundes befinden sich derzeit im Verfahren?

96. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Fernstraßenprojekte, für die von Auftragsverwaltungen der Länder dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ein Linienvorschlag zur Bestätigung an Stelle eines Linienbestimmungsverfahrens übersandt wurde, werden derzeit durch das BMVBS geprüft?
97. Abgeordneter  
**Dr. Hans-Peter Bartels**  
(SPD)
- Welche haushaltspolitischen Vorgaben finden bei der Finanzierung und Realisierung von Verkehrsprojekten Anwendung, und inwiefern sieht die Bundesregierung die Finanzierung von Bau und Betrieb des Elbtunnels im Zuge der A 20 mit Hilfe privater Investitionen, die für die Bundesregierung mit erheblichen Mehrkosten im Vergleich zur Realisierung mit Eigenmitteln verbunden ist, dennoch als machbar und möglich an?
98. Abgeordneter  
**Franz Thönnies**  
(SPD)
- Welche Varianten (bitte mit Informationen zu Mauthöhe, Verkehrsaufkommen, Zulaufstraßenlänge, Vertragslaufzeiten) hat die Bundesregierung innerhalb der Machbarkeitsstudie zur Finanzierung des Elbtunnels im Zuge der A 20 bis dato konkret prüfen lassen, und welche weiteren Varianten werden jetzt nach dem Vorliegen der ersten Zwischenergebnisse geprüft?
99. Abgeordneter  
**Franz Thönnies**  
(SPD)
- Welche rechtlichen Hürden stehen einer Mischfinanzierung von Bau und Betrieb des Elbtunnels im Zuge der A 20 entgegen, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, diese gesetzlichen Vorgaben zu ändern?
100. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)
- Wann genau lagen der Bundesregierung die Zwischenergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Finanzierung des Elbtunnels im Zuge der A 20 vor, und aus welchen Gründen wurden die betreffenden Informationen nicht zeitnah veröffentlicht (vgl. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 7. Juni 2012)?
101. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung den Zeitpunkt und die Tatsache der Weitergabe von Informationen aus der Machbarkeitsstudie zur Finanzierung des Elbtunnels im Zuge der A 20 an Journalisten, und wann wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über die vorliegenden Zwischenergebnisse informieren?



